

## Referat zur Vertreterversammlung der ISOR e.V. am 15.06.2022

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

mit einem Jahr Verspätung, - Corona-bedingt – haben wir uns heute zu unserer 8. Ordentlichen Vertreterversammlung zusammengefunden.

Viele unserer Mitglieder erwarten zurecht von unserer heutigen Versammlung eine Antwort auf die Frage: Wie geht es weiter mit ISOR?

Unsere letzte Vertreterversammlung 2017 stand noch ganz unter dem Eindruck der pharisäerhaften Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes von Ende 2016, das unsere zwischenzeitlich 3. Verfassungsbeschwerde nicht angenommen, sich mit einer wortreichen Begründung aus seiner Verantwortung gestohlen und alles Weitere der Politik überlassen hatte.

Obwohl damit der innerdeutsche Rechtsweg de facto beendet war und angesichts der politischen Verhältnisse im heutigen Deutschland kaum noch Chancen für die Durchsetzung unserer berechtigten Forderungen bestanden, hatten sich nahezu 2/3 unserer Mitglieder in einer Mitgliederbefragung für die Fortsetzung unseres Kampfes entschieden. Die willkürlichen Rentenkürzungen nach 1990 waren, sind und bleiben Unrecht. Wer sich für die Fortsetzung seiner Mitgliedschaft in ISOR entschieden hatte, dokumentierte damit seine Haltung, dieses Unrecht niemals anzuerkennen, es ständig erneut anzuprangern und sich schon aus Gründen der Selbstachtung immer wieder dagegen zu wehren.

Davon war das Wirken der ISOR in den letzten Jahren bestimmt. In Schreiben an den Bundespräsidenten, die Bundeskanzlerin, an Bundesminister und die Parteien und ihre Fraktionen im Deutschen Bundestag forderte ISOR in Berufung auf das untätige Bundesverfassungsgericht, endlich Rechtsstaatlichkeit in den Rentenfragen zu schaffen. Diese Schreiben und die entsprechenden Antworten wurden in einer Broschüre dokumentiert, die öffentlich verbreitet wurde. Dokumentiert wurden auch, wer sich um eine Antwort gedrückt hatte, wie z.B. der Anti-Diskriminierungsbeauftragte des Bundes. Ganzseitige Anzeigen in der „Jungen Welt“ und im „Neuen Deutschland“ – wiederholt zum 30. Jahrestag der ISOR im vergangenen Jahr – wurden in diesem Sinne geschaltet. Prof. Dr. Dr. Merten, von Anfang an Gegner des Rentenstrafrechts, legte ein Gutachten vor, in dem er schlüssig begründet, dass die Volkskammer der DDR 1990 weder kompetent noch berechtigt war, willkürliche Rentenkürzungen zu verfügen. Mit diesem Gutachten wurden erneut die politischen Verantwortungsträger der Bundesrepublik konfrontiert, die sich wiederum scheuten, offensichtliche Argumente anzuerkennen oder wenigstens ernsthaft zu prüfen.

Auf Initiative unseres Freundes Hartwig Müller wandte sich ISOR in diesem Jahr noch einmal an Bundesminister und die Fraktionen im Deutschen Bundestag und machte darauf aufmerksam, dass selbst die Volkskammer der DDR 1990, noch dazu in einer Atmosphäre wüster Stasi-Hysterie, für die Mitarbeiter des MfS lediglich eine Rentenkürzung auf umgerechnet 1,47 Entgeltpunkte beschlossen hatte. Darauf antworteten nur noch der Bundesminister für Arbeit und Soziales und der Ostbeauftragte der Bundesregierung. Der Ostbeauftragte Schneider brachte es fertig, in seiner Antwort, auf kein einziges Argument unseres Schreibens einzugehen,

meditierte über die friedliche Revolution in der DDR und stellte abschließend fest, dass keinerlei Änderungen angedacht sind.

Bundesminister Heil machte sich wenigstens die Mühe, auf unsere Argumente antworten zu lassen, präsentierte allerdings auch eine ablehnende Begründung: Die Rentenberechnungen nach 1990 folgen – wie angeführt - einer anderen Systematik als die der Volkskammer der DDR. So kann Unrecht auch umschrieben und die vom Bundesverfassungsgericht 1999 anerkannte Fortgeltung von DDR-Recht negiert werden.

Zeitweilige Erfolge erreichten wir bei der Anerkennung von Zuschlägen und Zulagen für die Rentenberechnung von Angehörigen der Volkspolizei. Nach Intervention der Landesregierungen von Sachsen und Thüringen beim Bundessozialgericht, wurden diese Fortschritte wieder revidiert. Wer eine rechtskräftige Rentenerhöhung erhalten hatte, kann diese jedoch behalten, sie wird ihm aber bei künftigen Rentenerhöhungen sukzessive wieder abgezogen.

Erfolgreich und konstruktiv gestaltete sich in den zurück liegenden Jahren unsere Zusammenarbeit mit anderen durch die Rentenüberleitung benachteiligten Personengruppen der DDR, speziell mit dem Runden Tisch in Leipzig, der ca. 500.000 Betroffene vertritt. Ein durchgreifender Erfolg wurde – trotz anfänglicher optimistisch stimmender Zusagen – auch für diese Personengruppen nicht erreicht. Diskutiert wird weiter über eine Härtefallregelung, von der aber nur eine kleine Personengruppe, die Renten an der Grenze zur Grundsicherung erhält, profitieren könnte. Selbstverständlich wird ISOR – sollte es zu einer solchen Härtefallregelung überhaupt noch kommen – entsprechende Forderungen auch für ISOR-Mitglieder mit vergleichbaren Voraussetzungen erheben. Das dürfte aber nur eine kleine, überschaubare Gruppe unserer Mitglieder betreffen.

Hoffnungen setzen wir weiter auf die von der Bundesregierung im aktuellen Koalitionsvertrag erneut erklärte Absicht zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum Sozialpakt der Vereinten Nationen. Wir sind darauf vorbereitet, darauf aufbauend sowohl als Verein als auch mit qualifizierten Einzelbeschwerden unsere Anliegen erneut zu bekräftigen. Dabei wissen wir natürlich, wie die Bundesregierung mit UN-Kritiken in der Vergangenheit umgegangen ist. Angenehm waren und sind ihr solche Kritiken deshalb noch lange nicht.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,

die Fortsetzung unseres Rentenkampfes war für viele unserer Mitglieder bei weitem nicht der einzige und oft auch nicht der wichtigste Grund, ihre Mitgliedschaft aufrechtzuerhalten.

In mehr als 30 Jahren hat sich mit ISOR und seinen territorialen Gruppen eine Gemeinschaft von politisch Gleichgesinnten entwickelt gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, eine solidarische Gemeinschaft im besten Sinne dieses Wortes. Wie wichtig diese Gemeinschaft als politische Heimat ist, erweist sich gerade in der heutigen Zeit der Verunsicherungen und eines beispiellosen Diktats antikommunistischer Kräfte in Politik und Medien.

Nicht wenige unserer Mitglieder wissen noch aus eigener Erfahrung, was Krieg bedeutet, haben noch Luftschutzkeller, Bomben, Flüchtlingstrecks, Kriegsrüinen, Leid und Entbehrungen der Nachkriegszeit erlebt. Wir können deshalb keinen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gutheißen, auch dann nicht, wenn er von Russland ausgeht, von den USA provoziert und regelrecht herbeigesehnt wurde. Jeder weiß, dass die Krim heute noch ukrainisch wäre und es keine Donbass-Republiken gäbe, wenn die USA 2014 keine russlandfeindliche, ultranationalistische, maßgeblich von faschistischen Kräften getragene Regierung an die Macht geputscht hätten. Keinen Krieg hätte es gegeben, wenn die ausgehandelten Minsker Abkommen wenigstens ansatzweise umgesetzt worden wären. Russland ist kein sozialistisches Land mehr. Hammer und Sichel sind in der russischen Staatsflagge durch den Zarenadler ersetzt worden. In der Ukraine wird ein geopolitischer Konflikt zwischen den Großmächten USA und Russland ausgetragen, bei dem Ukrainer für die Interessen der USA kämpfen und sterben aber auch das Leben von vielen Russen geopfert wird. Die USA sind an einem langandauernden Krieg mit dem Ziel der nachhaltigen Schwächung Russlands interessiert und haben bereits jetzt ihre europäischen Partner disziplinieren und auf deren Kosten durch immense Steigerung der Rüstung bis zum Absatz des dreckigen Fracking-Gases Riesen-Profite einfahren können oder in Aussicht. Mit dem NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens wird die Ostsee zu einem NATO-Gewässer. Die deutsche Bevölkerung muss sich in dieser Situation auf anhaltende Inflation und Sozialabbau einstellen und mit der schnell wachsenden Gefahr atomarer Vernichtung leben.

In dieser komplizierten und komplexen Situation gibt es keine einfachen Antworten und es ist völlig normal, dass nicht alle Mitglieder einer Meinung sind. ISOR kann und muss aber jenseits der alles dominierenden Meinungsmache der Medien die Möglichkeit bieten, sich offen, frei und respektvoll auszutauschen und auch jene Informationen vermitteln, die öffentlich totgeschwiegen und verketzert werden. Völlig einig sind wir uns sicher darin, dass dieser Krieg ebenso wie die in Gang gesetzte Rüstungsspirale möglichst schnell beendet werden müssen, dass alles getan werden muss, um nicht gegen sondern mit Russland durch Verhandlungen zu Lösungen zu kommen.

Wir werden alle immer älter und dabei nicht gesünder. Die Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM), seinerzeit fast zeitgleich mit ISOR gegründet, hat sich zum 31. Mai dieses Jahres als Verein aufgelöst. Die GBM selbst und ihr Arbeitskreis Kulturreisen, bleiben aber als Arbeitsgruppen des OKV weiter aktiv. Der Altersdurchschnitt in der GBM lag allerdings um mehr als 10 Jahre höher als bei ISOR und arbeitsfähige Strukturen auf regionaler Ebene waren weggebrochen. Auch wenn es für uns nicht einfacher wird: unsere Situation als Verein ist mit der der GBM heute und in absehbarer Zeit nicht vergleichbar.

In realistischer Einschätzung der konkreten Lage vor Ort müssen wir bestimmen, was für den Zusammenhalt in unserer Organisation möglich, nützlich und notwendig ist. Wir können unsere Arbeit nicht darauf ausrichten, wann wir sie irgendwann beenden müssen. Berechtigt wird darauf verwiesen, dass eine geordnete, bis zu 2 Jahren in Anspruch nehmende Auflösung als Verein zu einem Zeitpunkt erfolgen muss, in der dafür noch Voraussetzungen bestehen. Die Sorge, dass chaotische Zustände eintreten könnten, ist aber unbegründet.

Liebe Freunde,

Ich möchte Euch heute Anja Mewes vorstellen, die ab 1. August 2022 die Leitung der Geschäftsstelle der ISOR übernehmen und die Nachfolge von Wolfgang Schmidt antreten wird. Anja ist 64 Jahre alt und damit jünger als die allermeisten unserer Mitglieder. Auch die Mehrheit der Mitarbeiter der Geschäftsstelle ist mittlerweile erst 70 Jahre alt und jünger. Anja hat die letzten 20 Jahre als Büroleiterin in der Bundestagsfraktion DIE LINKE gearbeitet. Sie ist Vorsitzende des kleinen aber feinen Vereins „Friedensglockengesellschaft“, der um das Gedenken an das wohl größte Kriegsverbrechen in der Menschheitsgeschichte, die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki 1945, bemüht ist. Sie ist Mitglied des Präsidiums des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden und aktiv in der Friedensbewegung engagiert.

Für die weitere Arbeit von ISOR können wir an viele positive Erfahrungen anknüpfen, insbesondere gemeinsame Vorhaben mit befreundeten Vereinen und Verbänden, insbesondere GRH, „Rotfuchs“ und Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR und nicht zuletzt dem Runden Tisch in Leipzig, den wir danken und Erfolg wünschen.

In Corona-Zeiten haben wir gelernt, wie wir unsere Verbindungen untereinander unter den Bedingungen eingeschränkter Mobilität aufrechterhalten können, wie telefonische oder Internet-Kontakte persönliche Begegnungen ersetzen mussten und ISOR-Gruppen auch unter solchen Bedingungen arbeitsfähig blieben.

Die Herausgabe und regelmäßige Zustellung unseres Mitteilungsblattes „ISOR aktuell“ hat weiter an Bedeutung gewonnen und Ihr seid sicher meiner Meinung, dass sich die Qualität unserer Zeitung erhöht hat. Ergänzt wurde unser Informationsangebot durch die regelmäßige Bereitstellung weiterer Informationen, z.T. als Broschüren, mit denen der Desinformation und Manipulation der herrschenden Medien entgegengewirkt wurde. Allen, die daran mitgewirkt haben und dem Redaktionskollektiv von „ISOR aktuell“ danken wir für ihre fleißige Arbeit.

Es wachsen die Verantwortung der großen und mitgliederstarken TIG für die kleineren TIG in ihrem Umfeld, die Bedeutung gemeinsamer Veranstaltung und des Erfahrungsaustausches auf regionaler Ebene. Auch geht es darum, den Aufwand für die Vereinsarbeit zu minimieren. So haben wir beschlossen, die halbjährlich fälligen Berichterstattungen zur Mitgliederbewegung wegfällen zu lassen und werden die TIG informieren, wie stattdessen eine kontinuierliche Übersicht über den Mitgliederbestand gewährleistet werden soll.

Bereits jetzt sind TIG dazu übergegangen, die Kassierung der Mitglieder auf Einzugsermächtigungen umzustellen oder die Versendung von „ISOR aktuell“ auf dem Postweg von der Geschäftsstelle aus zentral zu organisieren. Mitglieder aufgelöster TIG wurden als Untergruppen von größeren TIG übernommen oder bleiben als von der Geschäftsstelle betreute Einzelmitglieder bei uns. Das alles selbstverständlich nur als letzte Alternative, als verbleibende Möglichkeit, ohne die gewohnte Bindung an das Vereinsleben durch Beiträge und Spenden weiter Solidarität zu üben.

Bewährt hat sich die Arbeit einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der GRH und von ISOR, die sich jetzt in Arbeitsgruppe „Solidarität und Betreuung“ umbenannt hat. Diese AG hat sich auf die Bedürfnisse der immer älter werdenden Mitgliedschaft ausgerichtet, konzentriert sich auf die Bereiche Gesundheitsvorsorge und Pflege und die damit zusammenhängenden Fragen und Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der Rechte der Betroffenen. Dazu hat sie entsprechende gesetzliche Regelungen erschlossen und aufbereitet und zahlreiche Informationen erarbeitet, die auch weiter in den Geschäftsstellen abrufbereit sind. Es besteht auch die Möglichkeit direkter Anfragen und persönlicher Gespräche. Die eigentliche Pflege und gesundheitliche Betreuung kann ISOR allerdings nicht übernehmen, erst recht nicht die finanzielle Absicherung. Was wir können ist, beratend zur Seite zu stehen, um die vorhandenen staatlichen und gesellschaftlichen Angebote optimal nutzen zu können.

Vor einem Jahr konnte ISOR auf 30 Jahre ihres Bestehens zurückblicken. Dieses Ereignis wurde in einer Reihe von TIG mit würdigen Veranstaltungen begangen. Die Überreichung von Ehrenmedaillen und Ehrenurkunden wurde positiv aufgenommen und hat zur Stabilisierung des Vereins beigetragen. Der 30. Jahrestag war vielfach Anlass, an die Anfänge unserer Arbeit und die dabei erreichten Erfolge zu erinnern. Für alle, die in diesem Kampf müde werden sagen wir nochmals: Die Aufhebung des Strafrechtsystems für die Angehörigen der NVA, des Ministeriums des Inneren und der Zollverwaltung der DDR, die Abmilderung der Strafrechts für Angehörige des MfS und die Herstellung rechtsstaatlicher Verhältnisse im Dienstbeschädigtenrecht sind eng mit dem Wirken der ISOR verbunden und deren bleibendes Verdienst.

30 Jahre ISOR boten Gelegenheit, das aufopferungsvolle Wirken der ersten Generation von ISOR -Funktionären zu würdigen, von denen so manche nicht mehr am Leben sind und deren Vermächtnis wir uns weiter verpflichtet fühlen.

Gegenwärtig zählt unser Verein noch ca. 6.900 Mitglieder in 128 TIG. Damit bilden wir immer noch den mit Abstand mitgliederstärksten Verein im Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden und eine Art Rückgrat für dessen Aktivitäten zur Verteidigung der Interessen der ostdeutschen Bürger.

Auch im 31. Jahr ist die finanzielle Lage der ISOR stabil und auf längere Sicht gesichert. Der Schatzmeister und der Vorsitzende der Revisionskommission werden sich dazu noch genauer äußern.

ISOR existierte und existiert durch den selbstlosen Einsatz der TIG-Vorsitzenden, der Mitglieder der Vorstände, Betreuer und Kassierer. Sie machen das Leben von ISOR aus. Ihnen zuerst sind wir alle zu Dank verpflichtet. Solange Mitglieder und Funktionäre die Arbeitsfähigkeit der ISOR aufrechterhalten, nicht aufgeben wollen und weiter Solidarität untereinander üben, ist an eine Auflösung von ISOR als Verein nicht zu denken.

Seit Gründung der ISOR waren die politischen Bedingungen für ihre Tätigkeit nie so ungünstig und kompliziert, wie in der heutigen Zeit. Mit Sorge verfolgen wir den Aufstieg rechter politischer Kräfte bei gleichzeitigem Niedergang der Partei DIE LINKE. Eine Überwindung der Zersplitterung der linken politischen Kräfte ist nicht in Sicht. Die Friedensbewegung, als deren Teil wir uns verstehen, sucht nach

Orientierungen. Es wäre verantwortungslos, in dieser Situation unseren Zusammenhalt und unsere gegenseitige Solidarität zur Disposition zu stellen.

Der neu zu wählende Vorstand wird diesen Bedingungen in einer überarbeiteten Führungskonzeption Rechnung tragen müssen.

Handeln wir weiter nach dem Motto:

**Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!**